Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6739

15. 01. 97

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Iris Follak, Dr. Eberhard Brecht, Susanne Kastner, Marion Caspers-Merk, Annette Faße, Anke Fuchs (Köln), Karl-Hermann Haack (Extertal), Brunhilde Irber, Jann-Peter Janssen, Marianne Klappert, Horst Kubatschka, Siegfried Scheffler, Wieland Sorge, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Reinhard Weis (Stendal), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Eberhard Brecht, Susanne Kastner, Iris Follak, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 13/4048, 13/5087 –

Entwicklung des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. a) Gemessen an dem Verhältnis der Einwohnerzahl der neuen Bundesländer zu der Gesamteinwohnerzahl von Deutschland mit 19,2 % bleiben die Verhältnisse von gastgewerblichen Arbeitsstätten mit 14,2 % und der dort Beschäftigten mit 10,8 % deutlich zurück.

   b) Bezogen auf die Anzahl der Beschäftigten im Verhältnis zu den Übernachtungen ergibt sich in den alten Bundesländern eine Quote von 3,7 Beschäftigten, in den neuen Ländern jedoch von 5,1 Beschäftigten pro 1000 Übernachtungen (1994).

   c) Die Verweildauer der Gäste in den neuen Ländern (3 Tage) beträgt im Durchschnitt einen halben Tag weniger als im Westen.

   d) Während in den alten Ländern etwa 4 Übernachtungen pro Einwohner und Jahr zu verzeichnen sind, liegt diese Zahl im Osten bei nur 2,6 Übernachtungen.

   e) Die Auslastung der Hotels in den neuen Ländern lag in den ersten 7 Monaten diesen Jahres bei 30,5 %, in den alten Ländern bei 34,4 %.

   f) Im Zeitraum des Jahres 1995 sind in den neuen Ländern die angebotenen Betten um 19,8 % angewachsen; im gleichen Zeitraum ist die Anzahl der Übernachtungen nur um 15,1 % gestiegen.

g) Das Zinsniveau der Hausbanken in den neuen Ländern liegt deutlich über dem in den alten Ländern.

h) Die neuen Länder weisen einen deutlichen Unterschied im Entwicklungsgrad untereinander auf.

2. Es ist davon auszugehen, daß sich die statistischen Werte des Tourismus in den alten Ländern im Regelwerk von Angebot und Nachfrage am Markt entwickelt haben und daher als Referenz für die Fremdenverkehrsentwicklung in den neuen Ländern gesehen werden können. Die festgestellten Statistiken für den Tourismus in den neuen Ländern machen deutlich, daß

   - die Urlaubsregionen im Osten noch nicht die vergleichbare Anziehungskraft entwickelt haben;

   - der Fremdenverkehr bei der Beschäftigungssicherung erst die Hälfte seiner Kapazität erreicht hat; etwa 100 000 weitere Arbeitsplätze können im Gastgewerbe geschaffen werden;

   - der Tourismus in den neuen Ländern beim Erreichen eines vergleichbaren Standards – und wenn alle Hindernisse beseitigt sind – um weitere 33 % oder 21 Millionen Übernachtungen anwachsen wird,

   - die geringeren Lohnkosten durch einen höheren Personalbestand kompensiert werden;

   - das höhere Zinsniveau bei einem hohen Investitionsbedarf überall in den Tourismusregionen der neuen Länder einen Wettbewerb oberhalb des Preisniveaus der alten Länder bewirkt;

   - zu viele Hotels am Markt konkurrieren und daher das Wachstum der angebotenen Bettenzahl verlangsamt werden muß.

3. Aus den gemachten Feststellungen ergibt sich ein systematischer Mangel in der Wirtschaftsentwicklung des Fremdenverkehrs in den neuen Ländern. Trotz hoher Attraktivität bremsen folgende Faktoren den Erfolg:

   - Der hohe Sanierungs- und Modernisierungsrückstau in den Tourismusregionen bewirkt einen hohen Investitionsbedarf. Hinzu kommt die Kaufpreisfinanzierung durch die häufig erfolgten Eigentümerwechsel und das allgemein höhere Zinsniveau in den neuen Ländern. Der durchaus funktionierende Wettbewerb auf dem um die Erwirtschaftung der zusätzlichen Finanzierungskosten höheren Niveau erzwingt auch ein allgemein höheres Preisniveau. Steuerliche Vorteile und geringere Personalkosten können diese zusätzlichen Kosten nicht vollständig ausgleichen, da zum einen die Produktivität noch nicht der westlichen entspricht und zum zweiten vor allem im Hotelwesen die angebotene Bettenzahl deutlich schneller gewachsen ist als der Besucherstrom und damit eine zu geringe Auslastung der Hotels die Preise hebt. Höhere Preise verschlechtern

den Wettbewerb mit den etablierten Tourismusregionen in den alten Ländern.

- Die verkehrstechnische Infrastruktur ist aufgrund vieler Baustellen und einem noch nicht vollständig ausgebauten oder anderweitig eingeschränkten öffentlichen Personennahverkehr mangelhaft. Der Erkundungsradius um einen gewählten Standort in einer Tourismusregion muß daher deutlich kleiner gewählt werden, als er bei gut ausgebauten Straßen und ausreichenden öffentlichen Verkehrsmitteln sein könnte. Dadurch wirken die bekanntesten Regionen überlaufen, und die Mitnahmerendite in den benachbarten Regionen fällt deutlich geringer aus.

- Touristische Wachstumsregionen in den neuen Ländern vermarkten sich bislang zu stark ausschließlich mit der größten Attraktion. Benachbarte und erreichbare Ziele werden am Ort zu wenig beworben und sind daher kaum bekannt. Das Besuchsprogramm ist schnell erschöpft, die Verweildauer gering.

- Tourismus in Deutschland ist oft Bildungs-, Kultur- oder Naturlaub. In der Form des Erlebnisurlaubs müßte bei einem Reiseziel in Deutschland die ganze Familie angesprochen werden. Diese Tourismusformen erfordern ein breites Angebotsumfeld, welches neben den bekannten Sehenswürdigkeiten auch Spaß und Unterhaltung sowie besondere Angebote für Kinder enthält. Dieses Umfeld ist in den neuen Ländern noch nicht ausreichend geschaffen. Als Folge sehen eher erlebnisorientierte Touristen die neuen Länder noch nicht als vollwertige Urlaubsregion an.

4. Mit dem Beschluß in seiner 41. Sitzung am 1. Juni 1995 hat der Deutsche Bundestag zum Ende der Debatte um den Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus die Bundesregierung aufgefordert, 16 über die Darstellung im Bericht hinausgehende Maßnahmen zur Tourismuspolitik umzusetzen. Diese waren insbesondere geeignet, die konkrete Situation der neuen Länder aufzunehmen. Mit der Großen Anfrage wurde nachgefragt, welche Schritte die Bundesregierung zur Umsetzung dieses Beschlusses unternommen hat. Mit den Antworten zu den Fragen 27 bis 31 erklärt die Bundesregierung, daß sie nicht beabsichtigt, über die im Bericht erwähnten Maßnahmen hinaus die im Beschluß geforderten weiteren Maßnahmen zu unternehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im finanzpolitischen Bereich

   - einen Bericht vorzulegen, wie sich in Gesamtdeutschland die Kreditbedingungen der Hausbanken in der regionalen Differenzierung darstellen;

   - den Einsatz von Fördermitteln für den Neubau von Hotelkapazitäten aus mit Bundesanteilen finanzierten Programmen auf die Fälle einzuschränken, die in ihrer Summe der Steigerungsrate der Übernachtungszahlen entsprechen.

Die dadurch freiwerdenden Mittel sollen der zusätzlichen Förderung der Infrastruktur für den Tourismus zugute kommen;

- mit den Ländern zu verabreden, in den neuen Ländern die Zuschüsse aus der Gemeinschaftsaufgabe, dem Eigenkapitalhilfeprogramm und den ERP-Programmen für die Maßnahmen zur Steigerung des Tourismus anzuheben mit dem Ziel, die Schaffung von 100 000 Arbeitsplätzen in dieser Branche zu stimulieren;
- Informationen über die zur Verfügung stehenden Finanzmittel der öffentlichen Hand übersichtlich und nachvollziehbar zu gestalten und durch Ratgeber über die Verfügbarkeit und Beantragungsformalitäten solcher Mittel zu ergänzen;
- auf die bearbeitenden und auszahlenden Stellen einzuwirken, die Bearbeitungszeit deutlich zu verkürzen und bürokratische Hemmnisse abzubauen;
- eine marktorientierte Wirtschaftlichkeitsprüfung zum Bestandteil der Fördermittelvergabe und in den Programmen die Kosten der Unternehmensberatung förderfähig zu machen;

2. im verkehrspolitischen Bereich
   - die mit Bundesmitteln erstellten und gewarteten Verkehrswege und deren Zustände stetig zu begutachten und notwendige Reparaturen so vorzunehmen, daß der Überlandverkehr und der Ausflugsverkehr weitestgehend störungsfrei fließen kann;
   - eine bessere Koordination und Kooperation der verschiedenen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen herbeizuführen;
   - die Förderung des infrastrukturellen Aus- und Aufbaus unter touristischen Gesichtspunkten zu beurteilen;
3. im personalwirtschaftlichen Bereich
   - darauf hinzuwirken, daß die bisher in der Fremdenverkehrswirtschaft der neuen Länder eingerichteten ABM-Stellen verlängert werden und damit den Fremdenverkehrsverbänden und Institutionen einen längeren Anpassungszeitraum zu verschaffen;
   - die finanziellen Mittel bereitzustellen, um weitere Arbeitsbeschaffungsprogramme für die Fremdenverkehrswirtschaft und die Verbände einzurichten;
   - die Träger von Weiterbildungseinrichtungen und Qualifizierungsmaßnahmen stärker finanziell zu fördern; dabei ist die Qualitätssicherung zu beachten;
4. im Marketingbereich
   - die neuen Länder in ihren Marketingaktivitäten zu unterstützen durch direktes Einwirken auf die Aktivitäten der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT). Dazu ist es auch

erforderlich, in der Finanzplanung des Bundes die Mittel der DZT stabil zu halten, bis die Wirtschaft ihren Anteil erhöht;

- über das Bundesministerium für Wirtschaft auf die Regionen einzuwirken, sich mit schlüssigen und in der Region einheitlichen Konzepten zu vermarkten. Hierbei ist auch anzuregen, die professionelle Erarbeitung von Marketingkonzepten in die Förderbestandteile aufzunehmen.

III. Der Deutsche Bundestag rügt die Mißachtung seines Beschlusses vom 1. Juni 1995 (Drucksache 13/1513) und fordert die Bundesregierung auf, anders als in der Antwort zum Ausdruck gebracht

- im ostdeutschen Fremdenverkehr auf mehr unternehmerisches Denken und Handeln hinzuwirken;
- kleine und mittlere Betriebe der Tourismuswirtschaft durch weitere Beratung und Anpassungshilfen über die bisherigen Angebote hinaus zu stärken;
- durch zusätzliche Maßnahmen den Aufbau der Tourismuswirtschaft in den neuen Ländern zu fördern;
- durch geeignete Maßnahmen die noch offenen Eigentumsfragen zügig zu lösen helfen;
- Existenzgründungen und Risikokapital besser abzusichern.

Bonn, den 15. Januar 1997

Iris Follak
Dr. Eberhard Brecht
Susanne Kastner
Marion Caspers-Merk
Annette Faße
Anke Fuchs (Köln)
Karl-Hermann Haack (Extertal)
Brunhilde Irber
Jann-Peter Janssen
Marianne Klappert
Horst Kubatschka
Siegfried Scheffler
Wieland Sorge
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Wolfgang Thierse
Reinhard Weis (Stendal)
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333